

Regierungsratsbeschluss

vom 29. August 2007

Nr. 2007/1443

KR.Nr. ID 114/2007 (BJD)

Dringliche Interpellation Fraktion SP/Grüne: Polizeiposten Olten – Realisierung gefährdet? (28.08.2007) **Stellungnahme des Regierungsrates**

1. Interpellationstext

In der vergangenen Session war der Stand der Vertragsverhandlungen im Rahmen der Neuerrichtung des Kantonspolizeipostens in Olten ein Thema. Vor allem in den Kommissionen, aber auch in der Plenumsitzung vom 4. Juli hat der Regierungsrat signalisiert, dass die Unterzeichnung der entsprechenden Verträge noch eine Frage von Tagen sei. In der Zwischenzeit hat sich die Situation nach unseren Informationen weiter zugespitzt, so dass ein rechtzeitiger Bezug des geplanten Polizeipostens im ehemaligen USEGO-Gebäude ernsthaft in Frage gestellt ist:

- Am 17. August 2007 wurde ein Termin auf der Amtschreiberei von der Gegenpartei kurzfristig abgesagt.
- Bereits am 21. Juni 2007 erfolgte die Kündigung des Mietverhältnisses für das Herzog-Gebäude per 31. Juni 2008.

Damit ist einerseits nach wie vor offen, ob die beabsichtigte Einmietung im ehemaligen USEGO-Areal realisiert werden kann. Andererseits verliert die Kantonspolizei bereits in knapp einem Jahr knapp die Hälfte ihrer Büroräumlichkeiten – es sei denn, eine Erstreckung des Mietverhältnisses wird gewährt. Deshalb ist die zeitliche Frist für den Bezug des neuen Polizeipostens äusserst zeitkritisch. Wir möchten nur darauf hinweisen, dass

- bereits vor gut eineinhalb Jahren der Kantonsrat vom Regierungsrat angesichts der Dringlichkeit des Vorhabens vor einer Verschiebung des Geschäfts gewarnt worden war;
- in der aktuellen Investitionsplanung des Hochbauamtes geplant ist, dass rund 70% des Investitionsvolumens (CHF 2.2 Mio) bereits im laufenden Jahr hätten realisiert werden sollen (vgl. Beilage zum RRB 33/2007), ein Grossteil der baulichen Massnahmen Ende 2007 umgesetzt sein sollten.

Angesichts der sich weiter zugespitzten Situation bitten wir den Regierungsrat um die dringliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Rechnet der Regierungsrat angesichts der geschilderten Ausgangslage mit einem zeitgerechten Bezug des neuen Polizeipostens?
2. Warum bestehen nach wie vor Schwierigkeiten bei der vertraglichen Regelung?
3. Wann ist mit einer vertraglichen Regelung zu rechnen?

4. Welche Massnahmen wurden getroffen, damit die Kantonspolizei in Olten nicht ‚obdachlos‘ wird?
5. Ist der Regierungsrat bereit, angesichts der schwierigen Situation alternative Szenarien, insbesondere auch ein Exit-Szenario, ernsthaft zu prüfen?

2. **Begründung (Vorstosstext)**

3. **Dringlichkeit**

Der Kantonsrat hat am 28. August 2007 die Dringlichkeit beschlossen.

4. **Stellungnahme des Regierungsrates**

Wir beantworten die gestellten Fragen wie folgt:

4.1 Zu Frage 1

Ja.

4.2 Zu Frage 2

Weil die Eigentümerin und Vermieterin der USEGO-Liegenschaft die Unterschrift zum Mietvertrag mit ihrer Einsprache gegen das Projekt Entlastung Olten (ERO) verknüpft.

4.3 Zu Frage 3

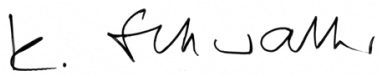
Im Rahmen der Einspracheerledigung zur ERO sind mit der Eigentümerin intensive Verhandlungen geführt worden. Wir rechnen mit einer Einigung mit der Einsprecherin im Verlaufe des nächsten Monats.

4.4 Zu Frage 4

Mit Brief vom 21. Juni 2007 hat die Eigentümerin der Liegenschaft Jurastrasse 2, in der die Polizei des Kantons Solothurn seit 1988 eingemietet ist, auf Ende Juli 2008 gekündigt. Mit Schreiben vom 26. Juni 2007 an das Oberamt Olten-Gösgen hat das Hochbauamt die Aufhebung dieser Kündigung und (unter Berücksichtigung aller Eventualitäten) eine Fristerstreckung um drei Jahre beantragt. Am 16. August 2007 fand eine Verhandlung vor der Mietschlichtungsstelle statt. Da der Einigungsvorschlag der Behörde für uns wegen des Termins der Fertigstellung des USEGO-Projektes nicht ausreichend ist, wird das Hochbauamt bis zum 10. September 2007 den Vorschlag der Mietschlichtungsbehörde mit Begründung verwerfen.

4.5 Zu Frage 5

Die Frage stellt sich angesichts der Aussichten auf eine Einigung zur Zeit nicht. Das Exit-Szenario kommt nur als ultima ratio in Frage.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Schwaller', written on a light blue rectangular background.

Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber

Verteiler

Bau- und Justizdepartement

Bau- und Justizdepartement (br)

Hochbauamt (3)

Departement des Innern (2)

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat